

## IRAK

Iran reklamiert  
Raketenattacke für sich

**Erbil/Teheran.** Der Iran hat nach eigener Aussage die Hauptstadt der autonomen Kurdenregion im Nordirak, Erbil, mit Raketen beschossen. Dort gingen am Sonntagmorgen zwölf Raketen nieder, wie das kurdische Innenministerium erklärte. Sie hätten das US-Konsulat als Ziel gehabt und seien in einem Wohngebiet eingeschlagen. Der kurdische TV-Sender Rudaw berichtete, einige Raketen seien in der Nähe des neuen Konsulats zu Boden gegangen, das sich derzeit noch im Bau befinde. Nach Angaben des Innenministeriums wurde ein Mensch leicht verletzt. DPA

## CHINA

Zahl der Corona-Fälle  
steigt rasant

**Peking.** Bei der schwersten Corona-Welle in China seit Beginn der Pandemie vor mehr als zwei Jahren schnellte die Zahl der Infektionen weiter in die Höhe. Die Gesundheitskommission berichtete am Sonntag einen Tagesrekord von mehr als 3100 Fällen in 19 Regionen. Die Behörden reagieren mit Massentests, Transporteinschränkungen, Ausgangssperren sowie der Schließung von Schulen und Universitäten. In mehreren Städten wurde mit dem Bau provisorischer Krankenhäuser mit Tausenden von Betten begonnen, um Infizierte zu isolieren. DPA

## ÄGÄIS

101 Migranten  
nach Schiffbruch gerettet

**Athen.** Die griechische Küstenwache hat am Sonntag 101 Migranten von einem sinkenden Boot vor der Kykladen-Insel Paros gerettet. Wie der staatliche Rundfunk unter Berufung auf die Küstenwache berichtete, waren die Menschen auf dem Weg von der Türkei nach Italien unterwegs. In ihrer Mehrheit sollen sie aus Afghanistan stammen; sie wurden zunächst auf der Insel Paros in Sicherheit gebracht. Migranten versuchen direkt über die gefährlichen Routen nördlich oder südlich von Kreta nach Italien zu gelangen. DPA

ANZEIGE

## KRIEG IN DER UKRAINE: RAKETENANGRIFF NAHE DER POLNISCHEN GRENZE



Über Irpin, nordwestlich von Kiew, steigt Rauch auf. Die Bewohner der ukrainischen Hauptstadt stellen sich auf eine Belagerung ein.

FOTO: DANA/DPA

Kiew bereitet sich  
auf Blockade vor

VON ANDREAS STEIN

**E**in Raketenangriff nahe der Grenze zu Polen und heftige Gefechte in der Umgebung von Kiew – trotz internationaler Appelle für eine Waffenruhe wüdet der Krieg in der Ukraine mit unverminderter Grausamkeit weiter. Bei einem Raketenangriff auf einen Truppenübungsplatz unweit

der Stadt Lwiw (Lemberg) wurden am Sonntagmorgen nach ukrainischen Angaben mindestens 35 Menschen getötet und 134 verletzt. In Lwiw sammeln sich seit Tagen zahllose Flüchtlinge aus den umkämpften Regionen der Ukraine, um nach Polen zu gelangen. Der Übungsplatz Jaworiw liegt nur etwa 15 Kilometer von der Grenze zum EU- und Nato-Mitglied Polen entfernt. Dort waren vor dem Krieg auch Militärausbilder aus Nato-Staaten tätig.

Der ukrainische Verteidigungsminister Olexij Resnikow forderte nach dem Angriff erneut eine international kontrollierte Flugverbotszone über der Ukraine. Dies wurde von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg in einem Interview der Zeitung „Welt am Sonntag“ nochmals abgelehnt. Nach dem Raketenangriff nahe der polnischen Grenze bekräftigte das US-Verteidigungsministerium die Beistandsverpflichtung der Nato-Staaten. „Ein bewaffneter Angriff gegen einen wird wie ein bewaffneter Angriff auf alle bewertet“, sagte Sprecher John Kirby am Sonn-

tag dem TV-Sender ABC. Dies sei auch der Grund, warum die US- und Nato-Streitkräfte ihre Präsenz an der östlichen Grenze des Bündnisgebiets verstärkten.

Rund um die ukrainische Hauptstadt kam es nach ukrainischen Angaben auch am

„Die zwei Millionen  
Kiewer werden nicht  
allein gelassen.“

Walentyn Mondryjwskij, stellvertretender  
Leiter der Stadtverwaltung

Sonntag zu heftigen Kämpfen, etwa in Irpin und weiter westlich in Makariw. Am Sonntagabend gelang es, etwa 20.000 Menschen aus Orten im Umkreis von Kiew in Sicherheit zu bringen. Die Hauptstadt bereitet sich auf eine mögliche vollständige Blockade durch

russische Truppen vor. Es seien Vorräte mit Lebensmitteln angelegt worden, um zwei Millionen Kiewer zwei Wochen lang zu versorgen, sagte der stellvertretende Leiter der Stadtverwaltung, Walentyn Mondryjwskij. „Diese zwei Millionen Kiewer, die ihre Häuser nicht verlassen haben, werden nicht allein gelassen.“ Im Südosten des Landes bedrängen russische Truppen weiter die Hafensstadt Mariupol mit rund 400 000 Einwohnern. Nach ukrainischen Angaben wurden dort bislang etwa 2200 Bewohner getötet.

Über die vor zwei Wochen begonnenen ukrainisch-russischen Gespräche sagte das russische Delegationsmitglied Leonid Sluzki im Staatsfernsehen: „Wenn wir die Positionen der beiden Delegationen heute mit denen zu Beginn vergleichen, werden wir deutliche Fortschritte feststellen.“ Beide Seiten könnten sich „schon in den nächsten Tagen“ auf eine gemeinsame Position verständigen und dies in entsprechenden Dokumenten unterzeichnen. Der ukrainische Präsidentenberater Mychajlo Podoljak sagte, er rechne ebenfalls „in wenigen Tagen mit konkreten Ergebnissen“. Am Abend bestätigte Kremlsprecher Dmitri Peskow geplante Gespräche im Online-Format für diesen Montag. Moskau fordert, dass Kiew die annektierte Schwarzmeer-Halbinsel Krim als russisch anerkenne sowie die Separatistengebiete in der Ostukraine als unabhängige „Volksrepubliken“. Das lehnt die Ukraine ab. Kiew werde keine seiner Positionen aufgeben, sagte Podoljak. Ihm zufolge fordert die Ukraine ein Ende des Kriegs und den Abzug russischer Truppen.

## US-Journalist stirbt bei Beschuss

**Unweit von Kiew** ist ukrainischen Angaben zufolge ein US-Journalist getötet und ein weiterer verletzt worden. Die beiden Männer seien in der etwa zehn Kilometer nordwestlich der ukrainischen Hauptstadt gelegenen Ortschaft Irpin unter Beschuss geraten, teilte die Polizei des Gebietes Kiew am Sonntag mit. Die Angaben wurden auch vom Berater des ukrainischen Innenministers, Anton Heraschtschenko, im Nachrichtenkanal Telegram verbreitet. Später bestätigte sie auch der ukrainische Präsidentenberater Mychajlo Podoljak. Der Bürgermeister von Irpin, Olexander Markuschyn, verbot Journalisten später bis auf Weiteres den Zutritt zum unmittelbaren Frontgebiet. Ukrainischen Angaben zufolge sollen russische Soldaten geschossen haben. Aus Moskau gab es zunächst keine Reaktion. DPA

Bundesweit  
Friedensdemos

**I**n mehreren deutschen Großstädten sind Tausende am Sonntag gegen den Krieg Russlands in der Ukraine auf die Straße gegangen. Nach Angaben der Veranstalter demonstrierten bundesweit 125.000 Menschen für den Frieden – in Berlin demnach 60.000 Menschen, in Stuttgart 35.000, in Frankfurt 12.000, in Hamburg 10.000 und in Leipzig 8000. Zu den Demonstrationen hatte ein Bündnis aus Friedens-, Menschenrechts-, Umweltschutzorganisationen sowie Gewerkschaften und Kirchen aufgerufen. Sie fordern, dass Russlands Präsident Wladimir Putin sofort alle Angriffe einstellt, sich aus der Ukraine zurückzieht und die territoriale Integrität des Landes wiederherstellt.

In Berlin liefen die Demonstranten vom Alexanderplatz zum Brandenburger Tor. Die Polizei sprach von 20.000 bis 30.000 Teilnehmern, die Veranstalter von 60.000. Unter ihnen waren junge wie alte Menschen, auch Familien mit Kindern beteiligten sich. Manche hatten Luftballons in blau und gelb dabei, den Farben der Ukraine. Andere trugen Transparente mit Aufschriften wie „Stop War“, „Peace“ oder „Wo bleibt die Impfung gegen Krieg“. Auch Beschimpfungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin wie „Master of War“ oder „Fuck you Putin“ waren zu lesen. 550 Polizisten waren im Einsatz. Die Stimmung in der Hauptstadt war friedlich, die meisten Teilnehmer trugen Corona-Schutzmasken. DPA

## Atomenergiebehörde besorgt

VON CHRISTIANE OELRICH

**B**ei dem von russischen Truppen besetzten ukrainischen Atomkraftwerk Saporischschja herrscht Unklarheit, wer für Betrieb und Sicherheit verantwortlich ist. Der ukrainische Atomkraftbetreiber Enerhoatom meldete der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA, das Atomkraftwerk stehe „unter der Kontrolle des Befehlshabers der russischen Streitkräfte“, wie die IAEA berichtete. Das Management müsse sich in allen operativen Fragen mit den russischen Streitkräften abstimmen, auch in techni-

schen Fragen. Der russische Staatskonzern Rosatom dementierte dagegen gegenüber der IAEA, die operationelle Kontrolle übernommen zu haben.

Die derzeitige Situation verletze eine der sieben unverzichtbaren Säulen der Nuklearsicherheit, warnte IAEA-Generaldirektor Rafael Grossi. Dabei handele es sich um die Säule „Das Betriebspersonal muss in der Lage sein, seine Aufgaben im Bereich der Sicherheit zu erfüllen und Entscheidungen frei von ungebührlichem Druck zu treffen“.

Die IAEA sei bereit, vor Ort zu helfen, dies setze aber eine dringende nötige Vereinbarung über die Sicherheit der Atomanlagen zwischen Russland und der Ukraine voraus, so Grossi. Darüber hatte Grossi am Donnerstag mit türkischen Amtleuten, dem Außenminister Russlands und der Ukraine, Sergej Lawrow und Dmytro Kuleba, gesprochen.

Nach Angaben aus Kiew sind am Atomkraftwerk Saporischschja neben rund 400 Soldaten auch elf Beschäftigte des russischen Staatskonzerns Rosatom eingetroffen, darunter zwei Ingenieure. Vertreter einer selbst ernannten militärisch-zivilen Verwaltung hätten erklärt, dass die Gruppe die Sicherheit der Anlage bewerten solle und auch für Reparaturarbeiten zuständig sei. Die russische Rosatom bestätigte die Präsenz mehrerer russischer Experten an Europas größtem Atomkraftwerk. Sie stünden dem ukrainischen Fachpersonal „beratend zur Seite“. Verwaltung und Betrieb lägen in der Hand der Ukraine.



Am AKW Saporischschja hatte ein Gebäude unweit eines Reaktors gebrannt.

FOTO: UNACCREDITED/ENERGATOM/AP/DPA

## #ZeitungenHelfen

Mitten in Europa herrscht Krieg. Die humanitäre Lage in der Ukraine ist katastrophal. Hunderttausende fliehen vor der Gewalt. Millionen Kinder, Frauen und Männer bangen um ihr Leben und ihre Zukunft.

## Helfen Sie helfen!

Die Zeitungen in Deutschland unterstützen das Aktionsbündnis Katastrophenhilfe, das den Menschen in der Ukraine und den Nachbarländern schnelle Nothilfe leistet. Für den Einsatz der Helferinnen und Helfer vor Ort bitten wir um Spenden.

Empfänger:  
Aktionsbündnis Katastrophenhilfe  
Spendenkonto:  
Commerzbank  
BIC:  
COBADEFFXXX  
IBAN:  
DE65 100 400 600 100 400 600  
Stichwort:  
ZEITUNGEN HELFEN

Online-Spenden:  
www.aktionsbueundnis-katastrophenhilfe.de/  
zeitungen-helfen

Dies ist ein Spendenaufruf von



WESER KURIER

für das Aktionsbündnis Katastrophenhilfe



AKTIONSBÜNDNIS KATASTROPHENHILFE